

## Jetzt entrüsten!

Dietrich Schulze

**E**ine Schlüsselrolle bei der Formierung der Bundesrepublik zum kriegerischen Überwachungsstaat kommt der Militarisierung des Bildungswesens, der Schulen und Hochschulen, zu. Obwohl alle großen Hochschulen jetzt schon in Programme der Rüstungsforschung und Besatzungswissenschaft eingebunden sind, ist das dem Bundesverteidigungsminister nicht genug. Im Zusammenhang mit der diesjährigen sogenannten NATO-Sicherheitskonferenz forderte er überzeugende Beiträge der Hochschulen, z.B. zu Kriegs- und Überwachungsdrohnen. Die Notwendigkeit für eine Drohnenbewaffnung im Kriegseinsatz begründet er in Perversion der bekannten Fakten und des Völkerrechts mit deren Zielgenauigkeit und dem Schutz von Zivilisten und eigenen Soldaten. Viele Uni-Leitungen und zuständige Landesregierungen – auch solche mit rot-grünem Personal – passen sich diesem verhängnisvollen Kurs in die Unfreiheit an. Bundesforschungsministerin Schavan ist gerade in die Schlagzeilen geraten, weil sie mit großen Beträgen aus dem zivilen Haushalt Rüstungskonzerne direkt gefördert hat. Jene wiederum ködern die klammen Hochschulen mit Drittmitteln für ihre Zwecke. Auf folgende Weise schließt sich ein zivil-militärischer Kreislauf, der sich selbst fortwährend verstärkt: Hochschulen mit hoher Drittmittelinwerbung werden mit dem Exzellenzstatus belohnt, was mit neuen Extramitteln verbunden ist, worunter erneut Rüstungsforschung dabei sein kann. Undsoweiterundsofort.

**Beispiel Bremen** Uni Bremen – ein aktuelles Beispiel: Im Januar 2012 war nach langen Auseinandersetzungen die Zivilklausel der Uni aus dem Jahr 1986, in der die „Ablehnung jeder Beteiligung an Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw.

Zielsetzung“ festgelegt ist, durch Beschluss des Akademischen Senats bekräftigt worden. Hintergrund ist die Stiftungsprofessur des Bremer Weltraum-Rüstungskonzerns OHB, die hierzu in krassem Widerspruch steht. Kurz darauf wird ein früherer Verstoß gegen die Zivilklausel publik, eine nachrichtentechnische Militärforschungskoooperation der Unis Bremen und Karlsruhe mit OHB und Bundeswehr. Uni-Rektor Müller gibt den Verstoß zu, vertuscht ihn aber emsig. Im Juni erhält dann die Uni Bremen wie von Geisterhand gesteuert den Exzellenzstatus. Und im August wird die klammheimlich eingefädelte Berufung von Claus Braxmaier aus Konstanz auf eben jene OHB-Stiftungsprofessur bekannt: Herr Braxmeier arbeitet traditionell eng mit dem Weltraum-Rüstungsgiganten EADS zusammen.

Die Forderung des AStA und der Bremer Friedensbewegung im Einklang mit der verpflichtenden Zivilklausel, anstelle der OHB-Stiftungsprofessur eine interdisziplinäre Professur für Abrüstung, Friedensforschung und Rüstungskonversion einzurichten, bleibt auf der Tagesordnung.

Dieses Bild aus Bremen ist typisch für die aktuelle Situation: Es gibt einerseits einen zunehmenden Militarisierungsdruck; andererseits entwickelt sich dagegen auch wachsender Widerstand. An etwa 40 Hochschulen gibt es entsprechende Arbeitskreise und Aktionen, darunter etliche Urabstimmungen zugunsten der Zivilklausel. An zehn Hochschulen ist die Zivilklausel verankert. Jüngst kamen die Hochschulen Bremen und Bremerhaven hinzu. Für Niedersachsen, wo bereits in den Jahren 1993 bis 2002 eine Zivilklausel im Landeshochschulgesetz verankert wurde, wird erneut die Einführung gefordert. Es bildete sich eine bundesweite Koordination „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ mit aktiver Unterstützung der Gewerkschaften ver.di und GEW.

Kongresse gegen Kriegsforschung gab es 2011 an der TU Braunschweig und der Uni Tübingen und am 15./16. Juni 2012 an der Uni Karlsruhe, jetzt verbunden mit dem ehemaligen Forschungszentrum Karlsruhe zum Karlsruher Institut für Technologie KIT.

Der Ort Karlsruhe für den Kongress „Verantwortung der Wissenschaft für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ war der Tatsache geschuldet, dass hier vor vier Jahren im Zuge der Gründung des KIT die öffentliche Auseinandersetzung um die Zivilklausel ihren Anfang nahm. Die besondere Note dabei: Im KIT findet erstmals an einer öffentlichen Einrichtung „Atom- und Waffenforschung unter einem Dach“ statt. Die Zivilklausel des Forschungszentrums („Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.“) beweist, dass wegen des (inzwischen aufgeweichten) völkerrechtlichen Atomwaffenverbots, die Friedensbindung für die gesamte Forschungspalette (auch die nichtkerntechnische) von Anfang an gültig sein sollte. Dieser Tabubruch wurde von einer schwarz-gelben Landesregierung begangen. Trotz gegenteiliger Wahlaussagen wurde er von der grün-roten Landesregierung bisher nicht beseitigt. Die Themen der Tagung waren Rüstungsforschung, Zivilklausel-Bewegung, „Atom- und Waffenforschung“, Dual-Use (Doppeltverwendbarkeit der Forschung für zivile und militärische Zwecke), Drohnen für Überwachung und Krieg. Den Abschluss bildete ein streitbares Podium mit Vertreterinnen und Vertretern aus Friedenswissenschaft, Studierendenschaft, Gewerkschaft und Politik.

Die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten hat zusammen mit der DFG-VK Baden- Württemberg und dem Bürgerprojekt

**KRIEGS-  
FORSCHUNGS-  
FREIE  
ZONE**

*Die AnStifter* eine 48-seitige Streitschrift über den Kongress zusammengestellt unter dem Titel *Jetzt entrüsten! Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder Kriegs „Dienstleister“?* (ISBN 978-3-944137-01-8). Der Freiburger Historiker und Friedensforscher Wolfram Wette hat ein Geleitwort und Heribert Prantl ein Vorwort zu dieser Publikation verfasst. Die verbindende Klammer für alle Beiträge war die unvergessliche Tätigkeit des Friedenswissenschaftlers und Physikers an der Fridericiana Karlsruhe, Werner Buckel (1920-2003), der dort ein Vierteljahrhundert zuvor einen bedeutenden Kongress gegen Rüstungsforschung ausgerichtet hatte.

**Die Streitschrift ist rechtzeitig lieferbar zur bundesweiten Aktionswoche „Militärfreie Schulen und Hochschulen“.**

**Bestellungen bitte an:**

**Verlag Peter Grohmann, Olgastraße 1 A, 70182 Stuttgart, kontakt@die-anstifter.de  
DFG-VK Baden-Württemberg, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, dfg-vk@paritaet-bw.de  
Einzelpreis 4,50 EU.**

**Für Buchhandlungen, ASten und Friedensinitiativen bei Abnahme ab 10 Exemplaren 2,50 / Stück (incl. 7% Umsatzsteuer).**

**Bestell-Postkarten sind abrufbar unter**  
[www.stattweb.de/files/civil/Doku20120819.pdf](http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120819.pdf)